

## **Frankfurt „arisiert“. Umfang und Aufarbeitung eines Raubes.**

Dieter Wesp, Stadthistoriker

[Beitrag zur Tagung „War da was?“ - Frankfurt im Nationalsozialismus“,  
30.10.2020, 19:30-20:00 Uhr - Haus am Dom, Frankfurt am Main]

„Frankckfurt stickt voller Merkwürdigkeiten“, dieses Diktum Goethes gilt auch für die Unterschiede in der Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte Frankfurts im 20. Jahrhundert.

Auf der einen Seite ist Frankfurt Vorreiter: der aus der Emigration in Palästina zurückgekehrte Paul Arnsberg schreibt hier seine dreibändige Geschichte der Frankfurter Juden. Frankfurt ist auch die Stadt Fritz Bauers und des Auschwitzprozesses, der auf seine Initiative hin von 1963 bis 1965 einen wichtigen Schritt der Vergangenheitsbewältigung darstellte. Das 1995 gegründete Fritz-Bauer-Institut zur Geschichte und Wirkung des Holocaust führt bis heute diese Arbeit im Namen Fritz Bauers weiter. In Frankfurt wird 1988 das erste jüdische Museum Deutschlands eröffnet. Noch während das frühere Wohnhaus des Bankiers Joseph Isaak Speyer, das später Carl von Rothschild gehörte, für das jüdische Museum vorbereitet wird, werden 1987 bei Bauarbeiten für das Verwaltungszentrum der Stadtwerke die Grundmauern der früheren Judengasse ausgegraben. Eine Bürgerbewegung und eine Bauplatzbesetzung verhindern die endgültige Auslöschung dieses Gedenkortes und führen zur Einrichtung des Museums Judengasse als Dependance des jüdischen Museums. 1996 wird die Gedenkstätte Neuer Börneplatz eröffnet. Auf der Außenmauer des alten jüdischen Friedhofes werden seitdem mit einzelnen Stelen den über 12.000 Opfern ihre Namen und Lebensdaten zurückgegeben. Auch an der früheren Großmarkthalle, dem heutigen Standort der Europäischen Zentralbank, wird seit 2015 an die von dort erfolgten Abtransporte jüdischer Bürgerinnen und Bürger in die Vernichtungslager erinnert. Über 1500 Stolpersteine sind in Frankfurt bisher verlegt worden und erinnern daran, dass jüdisches Leben überall in der Stadt präsent war, vom vornehmen Westend bis zum proletarischem Ostend.

In merkwürdigen Kontrast dazu steht eine Lücke in der stadthistorischen Forschung, die zur Vorgeschichte des Holocaust gehört: die materielle Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung.

Ich entdeckte dieses Thema bei meiner Fallstudie als Stadtteilhistoriker der Stiftung Polytechnische Gesellschaft. Ich ging den bisher bestehenden Legenden über das historische Wohnhaus das im heutigen Luxushotel Villa Kennedy steckt nach.

Es sei 1904 von Georg Speyer erbaut worden und durch eine Schenkung an die Universität in den Besitz der Stadt gekommen. So stand es in einem Prospekt den das Hotel zur Eröffnung 2006 drucken ließ. Daran stimmte kaum etwas. Das Haus war 1901 erbaut von Eduard Beit und seiner Frau Hanna Luci Speyer. Ich entdeckte dabei aber etwas viel Interessanteres: das frühere Wohnhaus war im Nationalsozialismus unter Druck und unter Wert von der Stadt Frankfurt angeeignet worden war.

Es war eine prachtvolle Villa, auf einem Grundstück gelegen, das größer als ein Fußballplatz war. Die schon 1934 emigrierten Erben der Familie wollten von der Schweiz aus Haus und Grundstücke verkaufen. Hier schaltete sich die Stadt ein und erpresste die Erben: ihr verkauft alles an uns oder ihr verkauft nicht.

Darauf gingen die Erben ein und die 137.000 RM landeten auf einem Sperrkonto, auf das die Erben keinen Zugriff hatte.

Es war nicht die einzige Immobilie. Im Institut für Stadtgeschichte fand sich eine Liste, aufgestellt von Stadtrat Adolf Miersch im Sommer 1945, die insgesamt 170 Immobilien auflistete, die während des Nationalsozialismus in den Besitz der Stadt gekommen waren.

Ich war nicht der Erste, der diese Liste in der Hand hielt. Bisher war diese Liste kein Gegenstand systematischer Erforschung, was mich verwunderte.

Es ging immerhin um eine gewaltige Fläche von 155 Hektar.

Darunter waren bekannte Häuser, wie die Villa Waldfried Carl von Weinberg oder die Villa Buchenrode des Bruders Arthur von Weinberg oder die Bockenheimer Landstraße 102, das spätere Literaturhaus, das Albert Sondheim gehörte, oder das Nachbarhaus die Nummer 104 im Besitz von Robert Hirsch. Aber auch eher vergessene Gebäude, wie das Wohnhaus von Hermann und Ida Wronker, das in der heutigen Senckenberganlage stand oder (um zum letzten Beispiel zu kommen) das Gebäude an der Ecke Stresemannalle Ecke Gartenstraße das Blanca Cassel gehörte und das völlig unerforscht ist.

Würde man alle Flächen, die sich die Stadt Frankfurt im Nationalsozialismus von ihrer jüdischen Bevölkerung angeeignet hat zusammenschieben dann entspräche diese Fläche dem gesamten Bereich innerhalb des inneren Anlagenrings, vom Schauspielhaus bis zum Hospital Heilig Geist und vom Eschenheimer Turm bis zum Historischen Museum

Ich regte beim ISG an, diese Liste – die ich schon im Anhang meines Buches zur Villa Kennedy erstmals publiziert hatte – doch online zur Verfügung zu stellen und ich entschloss mich, da die Originalliste nach Datum sortiert ist- die gesamte Liste zu transkribieren und in einer Version nach Namen und in einer weiteren Version nach Adressen sortiert zur Verfügung zu stellen. Auf der Website „Frankfurt 1933-1945 des ISG ist das Original und die Transkriptionen seit 2018 verfügbar.

Das Thema war für Frankfurt am Main bis 2015 nur in zwei Aufsätzen aufgegriffen worden:

In Monika Kingreens „Raubzüge einer Stadtverwaltung“ von 2001 (33 Seiten), der die Rolle der Stadt Frankfurt im Arisierungsprozess thematisiert und einzelne Beispiele nennt. Monika Kingreen resümiert den Forschungsstand 2001: *„Bis heute hat in Frankfurt weder innerhalb noch außerhalb der beteiligten Institutionen eine kritische Reflexion des „Arisierungsverhaltens“ des städtischen Führungspersonals begonnen. Die Rolle der Stadt als skrupelloser Profiteur an der Vertreibung und Vernichtung ihrer jüdischen Bürger wird nicht wahrgenommen. Das „Loch in der Frankfurter Geschichtsbeschreibung für die Zeit von 1933-1945“, das der Sachwalter der Stadtgeschichte Frankfurts, Rebentisch, 1998 so freimütig und treffend attestierte, muß erst noch gefüllt werden.“*

2005 legte Doris Eizenhöfer den Aufsatz „Die Stadtverwaltung Frankfurt am Main und die „Arisierung“ von Grundbesitz“ (25 Seiten) vor. Dies ist der bisher konkreteste Ansatz zu diesem Forschungsdefizit. Auch hier werden einige Beispiele von Arisierung konkret beschrieben. Sie fasst den Forschungsstand folgendermaßen zusammen: *„Obgleich die Geschichte der Stadt im Nationalsozialismus und die Geschichte der Frankfurter Juden in verschiedenen Einzel- und Gesamtdarstellungen behandelt wurden, steht eine umfassende Untersuchung der Aktivitäten der Stadtverwaltung bei der „Verwertung“ jüdischen Grundeigentums noch aus.“*

Zum damaligen Zeitpunkt war die erste Publikation fast 20 Jahre alt, die zweite vor 10 Jahren erschienen. Ich nahm 2015 und 2016 Kontakt zu beiden Autorinnen auf. Monika Kingreen vom Jüdischen Museum Frankfurt bestätigte mir, dass Ihr Befund auch mittlerweile noch gelte und

Doris Eizenhöfer, Mitarbeiterin am früheren Degussa-Archiv war sich nicht sicher, ob ihre Ankündigung von 2005, dieses Thema in einer Doktorarbeit zu behandeln, abgeschlossen wird.

Das war Anlass für mich in Vorträgen und Publikationen auf dieses Forschungsdesiderat hinzuweisen. Ich hielt - und halte - es für die moralische und gesellschaftliche Pflicht der Stadt Frankfurt am Main selbst die des Forschungsvorhaben zu organisieren und zu finanzieren, da die Stadt bis heute von diesen Bereicherungen profitiert. Um es nur am Beispiel der von mir untersuchten Villa Kennedy zu verdeutlichen: 1937 zahlte die Stadt den emigrierten Erben für das über ein Fußballfeld große Grundstück mitsamt der Villa, die mit 1 Million RM versichert war gerade einmal 137.000 RM. Das war weniger als die Erben an Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe bezahlt hatten. 1949 wurde ein Vergleich geschlossen und die Stadt blieb nach Zahlung von 150.000 DM im Besitz der Immobilie. Nach dem Wegzug des Max-Planck-Instituts, das bis dahin in der Villa untergebracht war, verkaufte die Stadt das Gelände und das Haus im Jahr 2000 an einen privaten Investor für 18 Millionen DM. Überschlagen wir kurz die Rendite: In den 51 Jahren zwischen 1949 und 2000 steigerte sich der Wert

der Immobilie in jedem Jahr um über 350.000 DM. Ich beendete meine Vorträge mit dem Vorschlag, die Stadt möge doch wenigstens 1 Prozent ihrer Einnahmen aus der Wertsteigerung der von ihr „arisierten“ Immobilien in die Erforschung und Dokumentation der Hintergründe und Abläufe stecken. Allein bei der Villa Kennedy wären 1 Prozent 90.000 Euro

Das hatte Erfolg. Die Presse griff das Thema auf, von FAZ bis BILD wurde über meine Forschungsergebnisse berichtet.

Ich hatte mich auch mit einem Brief an den Oberbürgermeister gewandt, der freundlich antwortete. Auch der Freundeskreis des Fritz Bauer Instituts unterstützte mich und einer Initiative der Grünen schlossen sich die SPD und die CDU an und beschlossen Ende 2018, das Thema erforschen zu lassen. Angesiedelt ist das Vorhaben beim Kulturdezernat mit der Erforschung wurde das Fritz-Bauer-Institut beauftragt. Es wurde in diesem Sommer eine Historikerstelle für 3 Jahre ausgeschrieben und im Dezember 2020 soll die Arbeit beginnen.

Die als Verkäufe getarnten Raubzüge der Frankfurter Stadtverwaltung sollten dafür genauer untersucht werden um neben der Opferperspektive auch die Täterperspektive stärker in den Blick zu nehmen. Auch die Rolle von Stadtrat Adolf Miersch, der von 1928 bis 1955 in leitender Funktion im Bauamt beschäftigt war und selbst betont, er habe selbst die Ankäufe aus jüdischem Besitz organisiert wurde erstmals im Rahmen meiner Fallstudie thematisiert. Im Buch der „Der Braune Magistrat“ von Bettina Tüffers wird Mierschs Rolle bei der „Arisierung“ nicht einmal erwähnt.

Darüber hinaus muss natürlich berücksichtigt werden, dass die Aneignung jüdischer Immobilien durch die Stadt Frankfurt nur ein Teil eines gewaltigen Umverteilungsprozesses darstellt. Ich versuche einmal kurz zwei Annäherungen um die Größenordnung dieses Komplexes zu verdeutlichen:

Erstens: 1933 lebten etwa 10.000 jüdische Familien in der Stadt. Wenn davon nur 20 Prozent Wohnungen, Häuser oder Grundstücke besaßen, dann kommen zu den namentlich bekannten 170 Immobilien der Miersch-Liste noch weitere ca. 1800 Immobilien dazu, die aus jüdischem Besitz in „arische“ Hände kamen.

Zweitens: Ich habe die Eigentümerwechsel einer Straße, der Kennedyallee, die bis 1963 Forsthausstraße hieß, ausgezählt. Die Forsthausstraße hatte 1935 im bebauten Bereich 53 Häusern mit Besitzern. Davon wechselten 40 Prozent, das sind 21 Häuser, zwischen 1935 und 1940 ihren Besitzer. Dem wäre jetzt Haus für Haus und Straße für Straße nachzugehen. Das umfassend zu erforschen ist aufwendig, aber durchaus möglich. Die Frankfurter Adressbücher von 1933 bis 1943 und die Grundbücher dokumentieren jeden einzelnen Besitzerwechsel und auch die sog. „Wiedergutmachungsakten“ in den hessischen Staatsarchiven sind lohnende Anknüpfungspunkte. Eigentlich eine geeignete Aufgabe für ein ganzes Netzwerk von Forscherinnen und Forschern.

Ein Haus, das in private „arische“ Hände kommt möchte ich erwähnen. Es ist das Wohnhaus der Familie Adorno in Frankfurt Oberrad. Adorno lebte dort mit seinen Eltern von 1914 bis zur Emigration 1937 nach England. Während der Novemberpogrome 1938 wurde nicht nur die Weinhandlung von Adornos Vater in der Schönen Aussicht zerstört, sondern auch das Wohnhaus mit Steinen beworfen und Adornos Eltern verhaftet. Die Eltern emigrierten unmittelbar danach und versuchten das Haus zu verkaufen. Sie bekamen gerade einmal 10.700 RM dafür. Die Reichsfluchtsteuer und die Judenvermögensabgabe der Adornos war zehnmal höher.

Die heutigen Besitzer haben es zum 50. Todestag Adornos 2019 abgelehnt, eine vom Ortbeirat, dem Bürgerverein Oberrad geplante und vom Kulturamt unterstützte Plakette am Haus anbringen zu lassen. Ich habe deshalb 2019 bei der Initiative der Frankfurter Stolpersteine beantragt dort von mir finanzierte Stolpersteine zu verlegen, die an den letzten freigewählten Wohnort von Theodor Adorno und seinen Eltern erinnern. Ich hoffe sehr, dass dies 2021 Realität wird.

Andere Städte haben diese Arbeit schon geleistet. Frank Bajohr beschäftigte sich schon vor zwei Jahrzehnten mit Arisierungen in Hamburg und die Arbeiten zu Mannheim von Christina Fritschen und Krefeld von Claudia Flühmann sind beispielhaft.

Für Mannheim gibt es sogar eine Stadtkarte, die sämtliche „arisierten Gebäude“ rot markiert zeigt. Zeit also, diese Lücke für Frankfurt zu schließen.

Ich bin Erziehungswissenschaftler mit historischem Interesse aber kein Historiker mit abgeschlossenem Studium oder Promotion. Auch meine Forschungen waren private Initiativen und erfolgten nicht im Rahmen einer Institution. Ähnlich geht es ja vielen Initiativen, die hier im Raum sind. Ich möchte deshalb einige Bemerkungen an den Schluss dieses Vortrags stellen in denen ich die von mir gemachten Erfahrungen in diesem Zusammenhang beschreiben.

#### **Erstens: Im Zweifelsfall ist ein akademischer Titel wichtiger als eine inhaltliche Orientierung**

2018 wurde im Historischen Museums die Ausstellung „Geerbt. Gekauft. Geraubt?“, einer Ausstellung, die sich mit Arisierungen in Hessen beschäftigte. Im Begleitprogramm wurde auch ein Vortrag zur Rolle der Stadtverwaltung bei der Arisierung behandelt. Eingeladen wurde ein junger Historiker, der dies für München untersucht hatte was prompt im Publikum zur Frage führte, warum denn nicht der im Publikum sitzende Forscher für Frankfurt - gemeint war ich - als Referent angefragt worden sei. Nein, das hatte man nicht in Erwägung gezogen, war die Antwort.

Zweitens: **Universitäre Gepflogenheiten haben Vorrang vor inhaltlicher Arbeit.** Ich selbst hatte auf die seit über zehn Jahre offene Promotion zum Thema Stadtverwaltung und Arisierung hingewiesen und obwohl die Forscherin nicht zu einem Workshop des FBI Anfang 2018 erschien, wurde mir mitgeteilt, dass keine weiteren Forschungen betrieben werden, solange das Promotionsvorhaben besteht. Ich hatte, auch auf der Basis eigene Recherchen, große Zweifel daran, dass diese Arbeit nach fast fünfzehn Jahren nach der Ankündigung noch fertig werden würde. Seit 2019 ist das Promotionsvorhaben nun offiziell eingestellt.

Drittens: Städtische Einrichtungen, universitäre Einrichtungen und Institute tendieren dazu, die Forschungsergebnisse privater Initiativen als Kränkung und Kritik der eigenen Arbeit wahrzunehmen und im Zweifelsfall eher auf Zeit zu spielen oder sich abzuschotten, statt sich mit diesen Initiativen zu verbinden. Ich habe mehrfach, auch öffentlich betont, dass ich gerne an diesem Forschungsprojekt mitwirken würde. Jetzt wo - wie in der FR zu lesen war - 300.000 Euro zur Verfügung gestellt werden hat sich der Kontakt des FBI mit mir auf zwei Telefongespräche beschränkt: im ersten wurde mir mitgeteilt, die Stelle werde jetzt ausgeschrieben und im zweiten, der Historiker würde im Dezember beginnen und dann würde ich wieder kontaktiert. Ich bin gespannt, wie es weitergeht.

Dieter Wesp  
dieterwesp@gmx.de  
0170-3333716  
[www.dieterwesp.de](http://www.dieterwesp.de)